Freistaat
SACHSEN

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung

Ihre Ansprechpartnerin
Annegret Fischer

Durchwahl
Telefon +49 351 564 50021

medien@smil.sachsen.de*

05.06.2026

Bauen wieder in Gang bringen: Kraushaar setzt auf weniger Bürokratie und verlässliche Investitionen

Sachsens Bau- und Infrastrukturministerin spricht beim Bautag des Bauindustrieverbandes Ost in Dresden

Sachsens Infrastruktur- und Bauministerin Regina Kraushaar hat heute (5. Juni 2026) beim Bautag des Bauindustrieverbandes Ost e. V. in Dresden für schnellere Verfahren, verlässliche Investitionen und weniger Bauvorschriften geworben. Vor der Sonderbauministerkonferenz am 11. Juni in Berlin machte sie deutlich, dass Bund und Länder gemeinsam handeln müssen, damit Wohnungsbau, Infrastrukturprojekte und kommunale Investitionen wieder schneller umgesetzt werden können.

Staatsministerin Regina Kraushaar: »Der Bau steckt leider nicht nur an einer Stelle fest, sondern an vielen zugleich. Kosten, Verfahren, Standards und Finanzierung bremsen Projekte aus. Deshalb reicht kein einzelner Hebel. Wer wieder mehr bauen will, muss Genehmigungen beschleunigen, Normen auf den Prüfstand stellen und Investitionen planbar machen. Sachsen will digital, pragmatisch und nah an der Praxis daran mitwirken. Und das geht nur mit dem Bund gemeinsam.«

Hintergrund sind die anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft. Bundesweit wurden 2025 so wenige Wohnungen fertiggestellt wie seit mehr als zehn Jahren nicht. Zugleich belasten hohe Baukosten, unsichere Lieferketten, Finanzierungskosten und komplexe Vorgaben die Branche. Auch in Sachsen zeigen die aktuellen Zahlen des Bauindustrieverbandes Ost, dass im ersten Quartal 2026 sowohl Auftragseingänge als auch Umsätze im Bauhauptgewerbe zurückgingen. Im öffentlichen Bau legten die Auftragseingänge dagegen zu.

Kraushaar betonte, die öffentliche Hand müsse gerade in dieser Lage verlässlich bleiben: »Infrastruktur ist nicht alles, aber ohne Infrastruktur ist alles nichts. Straßen, Brücken, Wohnraum und kommunale Gebäude sind die Grundlage für wirtschaftliche Stärke und Vertrauen in staatliche

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung
Archivstr. 1
01097 Dresden

https://www.smil.sachsen.de/

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Handlungsfähigkeit. Deshalb müssen Investitionen dort ankommen, wo sie sichtbar wirken: vor Ort.«

Sondervermögen

Mit dem Sachsenfonds schafft der Freistaat dafür einen wichtigen Rahmen. Von den rund 4,83 Milliarden Euro, die Sachsen über zwölf Jahre aus dem Sondervermögen des Bundes erhält, sollen rund 2,83 Milliarden Euro den Städten, Gemeinden und Landkreisen zugutekommen. Ein Teil davon fließt über Landesprogramme unter anderem in den kommunalen Straßenbau, den Schulhausbau und den Krankenhausbau. Weitere Mittel erhalten die Kommunen als eigene Investitionsbudgets.

Digitale Baugenehmigung

Ein Schwerpunkt der sächsischen Baupolitik ist die digitale Baugenehmigung. Inzwischen befinden sich alle 42 unteren Bauaufsichtsbehörden im Freistaat im produktiven Betrieb. 24 Behörden nutzen den digitalen Dienst bereits im Alltag für Baugenehmigungen. Die übrigen Behörden testen den Dienst derzeit noch im sogenannten »silent go-live« mit ausgewählten Nutzerinnen und Nutzern. Ziel ist, digitale Verfahren zum Regelfall zu machen – von der Antragstellung bis zur Bearbeitung.

SPAteN – Sächsisches Projekt zum Abbau technisch entbehrlicher Normen im Wohnungsbau

Zugleich will Sachsen beim Abbau hemmender Bürokratie vorankommen. Mit dem Projekt SPAteN – dem »Sächsischen Projekt zum Abbau technisch entbehrlicher Normen im Wohnungsbau« – arbeitet der Freistaat gemeinsam mit der Technischen Universität Dresden, Fachinstitutionen und Praktikern an Vorschlägen für einfachere Regeln im Wohnungsbau. Einbezogen werden unter anderem Handwerk, Architektenschaft, Bauaufsicht und weitere Akteure aus der Praxis. Die im Projekt gemeinschaftlich erarbeiteten Vorschläge sollen bis Ende 2026 vorliegen und konkrete Ansatzpunkte zum Abbau bürokratischer Barrieren im Wohnungsbau aufzeigen, die letztendlich auch zu einer Verfahrensbeschleunigung führen.

Kraushaar weiter: »Wir müssen ehrlicher darüber reden, welche Standards wirklich nötig sind und welche das Bauen einfach immer nur teurer machen. Das bedeutet nicht keinesfalls weniger Sicherheit, aber mehr Augenmaß und eine durchaus kritische Haltung zu den vorhandenen Normen – die im Übrigen nicht vom Gesetzgeber kommen. Und wer bezahlbares Bauen will, muss auch bereit sein, Vorschriften zu vereinfachen.«

Sonder-Bauministerkonferenz

Vor der Sonderbauministerkonferenz am 11. Juni betont **Staatsministerin Kraushaar**: »Gegen Wohnungsmangel hilft am Ende vor allem, dass wieder mehr gebaut wird. Wenn man so will, muss für das vorhandene Kapital mehr Bausubstanz »hinten raus kommen«. Dafür brauchen Kommunen, Bauwirtschaft und Bauherren klare Entscheidungen, schnellere Verfahren und praxistaugliche Regeln. Der Bauturbo und das BauGB-Upgrade gehen in die richtige Richtung. Jetzt kommt es darauf an, dass Bund, Länder und Kommunen diese Möglichkeiten konsequent nutzen.«

Beim Bautag des Bauindustrieverbandes Ost würdigte die Ministerin zudem die Rolle der Branche für die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland. Bauunternehmen seien Partner für Infrastruktur, Wohnraum, kommunale Entwicklung und regionale Wertschöpfung. Zugleich brauche die Branche gut ausgebildeten Nachwuchs, um Digitalisierung, nachhaltiges Bauen und moderne Infrastruktur auch künftig umsetzen zu können.